

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Coale-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei jeder Zustellung monatlich 20.00, bei den Postämtern monatlich 25.00. Einmalige Bestellungen im Voraus zu besonderen Abzügen. Anzeigen-Preis: in der ersten Spalte 1.00, in der zweiten 0.80, in der dritten 0.60. Einmalige Bestellungen im Voraus zu besonderen Abzügen. Anzeigen-Preis: in der ersten Spalte 1.00, in der zweiten 0.80, in der dritten 0.60.

Verantwortlich: Halle a. S., Frau Promenade 14 und Große Braubaustraße 17. Fernsprecher-Nummern: 3113-15. Druckerei: Halle a. S., Große Braubaustraße 17. Fernsprecher-Nummern: 3113-15. Druckerei: Halle a. S., Große Braubaustraße 17. Fernsprecher-Nummern: 3113-15.

Heute Konferenzschluß.

Haag bleibt Konferenzort.

4 Monate Gottesfriede.

Genua, 18. Mai. Vor Beginn der gestrigen Nachmittagskonferenz hatte Schanzer eine längere Unterredung mit Barthou und Salzer, um beide von dem Verlauf der Vormittagsitzung zu unterrichten. Beide erklärten sich mit dem Verlauf der Verhandlungen einverstanden. Anlaß zu einer Diskussion gab die Wahl des Ortes für die Kommissionsverhandlungen. Insbesondere bestand hartnäckig darauf, daß Rußland nicht nach dem Haag gehen könne. Schließlich gab der holländische Minister Potjine dem Präsidenten die Erklärung ab, die Russen würden im Haag von der holländischen Regierung in der gleichen Weise behandelt werden wie die anderen Delegierten, und auch für die persönliche Sicherheit werde in weitgehendem Maße gesorgt werden. Erst nach längerem Jögern ließ Thijssingh den Antrag auf Verlegung der Kommission fallen und erklärte sich mit dem Haag einverstanden.

Eine weitere Debatte entspann sich wegen der Frage des Friedenspats und der amerikanischen Propaganda. Weiterhin beantragten die Russen, daß der Pakt auch gegen Länder früher müsse. Die Polen und Rumänen gaben bezugnehmend Zusage und wies darauf hin, daß die Gefahr in dieser Beziehung von russischer Seite größer sei als von ihrer. Dennoch wurde beschlossen, die Bestimmungen des Friedenspats in weitgehendem Sinne auszulassen. Mit dieser Erklärung beendeten sie die Russen. Endlich wurde beschlossen, in den Gottesfrieden auch die von Rußland verkündeten Sowjetrepubliken Weißrußland, die Ukraine, die Republik des Fernen Ostens und die drei kaukasischen Republiken einzubeziehen. Schanzer erklärte, der Friedenspakt präjudizierte in keiner Weise die Frage der de-jure-Anerkennung der Sowjetrepubliken. Motta machte den Vorschlag, die Dauer des Friedenspats von drei Monaten auf ein Jahr zu verlängern. Schanzer verlangte einen Friedenspakt von unbegrenzter Dauer. Schließlich wurde bestimmt, daß der Gottesfriede bis auf die Dauer von vier Monaten nach Schluß der Kommissionsarbeiten ausgedehnt werden solle, jedoch er im ganzen sieben Monate umfassen kann. Auf Grund dieser Verhandlungen soll nun der Text des Friedenspats endgültig redigiert werden.

Morgen vormittag hat die politische Kommission eine Plenarsitzung. Man hofft, daß sie ihre Arbeiten morgen beenden kann und daß man am Freitag vormittag die letzte Plenarsitzung der Konferenz abhalten kann. Lloyd George legt großen Wert darauf, die Konferenz Freitag mittag zu beenden, da er bald in London zu sein wünscht und Freitag nachmittag reisen möchte.

Lloyd Georges Heimkehr.

London, 18. Mai. Laut Daily Chronicle ist gestern ein Telegramm Lloyd Georges eingetroffen, in dem er mitteilt, daß er am Sonnabend oder Sonntag in London zu sein hoffe.

Auf Mittwoch Bericht im Reichstag.

Nach den bisherigen Dispositionen wird Reichsanwalt Dr. Wittich mit dem Außenminister Dr. Rathenau und den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation Sonntag in Berlin eintrafen, es kann aber möglich sein, daß die Ankunft sogar noch etwas später erfolgt. Vordränglich ist in Aussicht genommen, daß der Reichsanwalt am Montag in einer Sitzung des Reichstags über die Konferenz von Genua Bericht erstattet und daß er am Dienstag die Fraktionsführer über den Gang der Verhandlungen und die Ergebnisse der Konferenz unterrichtet. Am Mittwoch wird der Kanzler dann im Reichstag sprechen, doch liegt nicht fest, ob er seine Erklärungen im Plenum oder im Auswärtigen Ausschuss abgeben wird. Weiterfalls soll der Reichstag in den ersten drei Tagen nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genua unterrichtet werden.

Washington und Morgans Finanzplan.

Vorbericht der Regierung.

London, 18. Mai. Einer Times-Meldung aus Washington zufolge läßt die gestern gemeldete Rede Hoovers in der amerikanischen Handelskammer auf folgende Mitteilung an Europa hindeuten: Jede Hoffnung auf Erwerbung weiterer amerikanischer Kreditmöglichkeiten könne aufgegeben werden. Wenn Hilfe erwünscht werde, müsse man sich an die amerikanischen Kreditinstitute wenden. Um sich die Hilfe der amerikanischen Kapitalisten zu sichern, müsse Europa den allgemein geltenden Bedingungen nachkommen. Rußland müsse außerdem die bereits gelobten Garantien geben. Laut Times deuten alle Anzeichen in Washington darauf hin, daß die Kreditinstanzen in der nächsten Frage am nächsten eine ähnliche Stellung einnehmen würden, wie in der Frage der vorgeschlagenen internationalen Anleihe für Deutschland. Morgans belude Europa, um mit den anderen Bankiers über diese Frage zu beratern. Er vertrete nicht die amerikanische Regierung, sondern die Banken der Vereinigten Staaten in die Kaufleute und Kapitalisten. Morgans werde die amerikanische Regierung in keiner Weise verpflichten können. Es werde unmöglich für ihn sein, in dem unvorhersehbaren Falle, daß er dies möchte, irgendeinem Versprechen zuzustimmen, das Washington für unermesslich hält, denn die internationale Finanzinstanz in Betracht kommen, würde keine Bank und kein Bankensyndikat in den Vereinigten Staaten ohne Beratung mit der Regierung handeln.

heßen zuzustimmen, das Washington für unermesslich hält, denn die internationale Finanzinstanz in Betracht kommen, würde keine Bank und kein Bankensyndikat in den Vereinigten Staaten ohne Beratung mit der Regierung handeln.

Die Amerikaner bleiben am Rhein.

Koblenz, 18. Mai. Das in Koblenz einsetzende Mitglied des amerikanischen Repäsentantenhauses Mr. John Tamm, der sich im Auftrage von Präsident Harding über die Lage im besetzten Gebiet informieren soll, erklärte einem Berichterstatter der "Amaroc News", daß die Amerikaner in Amerika über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande sich in der letzten Zeit geändert hätten und daß man es jetzt für nötig halte, daß Amerika durch seine Truppen weiterhin in Europa vertreten werde. Er erklärte weiter, daß er nicht überirrt wäre, wenn ein Teil der Truppen über den 1. Juli hinaus weiter in Koblenz verbliebe.

Internationale Agrarierbewegung.

Bevorstehender internationaler Agrarierkongress in Dublin.

Im Auftrage des Pariser Internationalen Agrarierkongresses traf in Budapest der italienische Abgeordnete Rousseau ein, um die Führer der ungarischen Agrarier zu dem anfangs September in Dublin (Irland) geplanten Internationalen Agrarierkongress einzuladen. Er übermittelte den Wunsch der irischen Regierung, die Abgeordneten der befreundeten ungarischen Nation auf ihrem Wohnort begrüßen zu können. Rousseau hatte vor seinem Eintreffen in Budapest auch mit russischen und bayerischen Agrariern erfolgreich verhandelt, die den Beschluß faßten, im nächsten Monat in Lissabon zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzutreten, womit die internationale Agrarierbewegung um einen großen Schritt vorwärts gekommen ist.

Auf dem Dubliner Kongress soll nicht nur über gegenseitigen Ausschlußverkehr landwirtschaftlicher Betriebe der einzelnen Länder verhandelt werden, sondern man beschäftigt die Hebung der Kreditwirtschaft durch Gewährung von Valutakrediten der Kreditinstitute der materiell besser gestellten Länder. Von Budapest aus reist Rousseau nach Jugoslawien, um auch diesen Staat in die internationale Agrarierbewegung einzubeziehen.

Eine deutsche Rede in Folketing.

Kopenhagen, 18. Mai. In der Debatte der Folketing über die Westeuropäische, führte der deutsche Botschafter Schmitt-Wittmann aus, die Westeuropäische sei in noch höherem Maße eine nationale, als eine staatliche Angelegenheit. Da er national anders fühlte als das dänische Volk habe er eine schmerzliche Aufgabe. Er sei sicher, daß das Verhältnis zu Deutschland bei der Westeuropäische eine bedeutende Rolle spiele. Deutschland ist unsere militärisch stärkste, das ich anerkenne. Ebenso unbestreitbar sei auch, daß die Grenze heute bei allen Vorkäufen von der Fläche, daß hierin eine Veränderung eintreten könnte, kein Fall. Es sei unklar und verkehrt, wenn auch die dänischen Vorkäufte Deutschlands militärische Schmachd als einen unwiderstehlichen Zustand betrachten. Es sei sicher, daß ein gedemütigtes Volk gefährlicher sei als ein Volk, das in seiner Niederlage mit Achtung behandelt werde. Lloyd George müsse bei allen Vorkäufen von der Fläche, aber nicht den Einbruch, daß Dänemark das wisse. Würde Dänemark darin klar sehen, würde es nicht vorziehen, die Truppen so zu verteilen, wie es die Regierungsvorlage tue, nämlich daß der größte Teil der ganzen Westeuropäische nach Jütland und zwar wieder eine verhältnismäßig große Zahl nach den Deutschland abgetretenen Gebieten verteilt werden solle. Deutschland werde nicht in seiner militärischen Schwäche seinen Vorteil dagegen einzulegen, aber das deutsche Volk werde in dieser Anordnung eine Herausforderung erfinden und das könne man in Dänemark als durchaus unermesslich ansehe. Er hoffe, daß Deutschland die Macht wieder erhalte, die seiner Bevölkerung entspricht. Diese solle jedoch nicht fordern, wenn auch die Hoffnung sei, daß die militärische Streitkräfte zwischen Deutschland und Dänemark nicht mehr mit den Waffen ausgetauscht würden. Zwischen Deutschland und Dänemark liege die Grenzfrage, die durch den Verfall der Vertrag in unbefriedigter Weise gelöst worden sei. Aber der Grundlag, nach dem sie gelöst wurde, sei von beiden Seiten anerkannt worden. Dieser Grundlag sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieser solle jedoch nicht fordern, wenn auch die Grenze nicht übersehen bleibe. Es sei bekannt, daß er und seine Mitarbeiter eine andere Grenze wollten, aber nicht durch Macht und Waffengewalt. Was seine Stellungnahme zur Westeuropäische betreffe, habe er zunächst für vollkommene Abklärung stimmen wollen. Er werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, wolle aber noch einmal den Wunsch ausdrücken, daß Dänemark und Deutschland nicht wieder die Waffen miteinander feilschen müßten und Dänemark ihnen genug sein werde, allen Verfassungen zu widerstehen, die es auf diese Bahn bringen könnten.

Heberfischeren erwünscht! Ueber die Frage, ob der Hofmangel eine Frage mangelhafter Förderung oder unzureichender Wogenstellung sei, ist viel gestritten worden. Aus einer Antwort, die der Reichsfinanzminister auf eine kleine Anfrage gegeben hat, ergibt sich, daß der übliche Bestand an Leeren Wagen im Reichsgebiet wesentlich höher ist als der Vorkäufte. Der Reichsminister würde es, da die Halbebenenbeide täglich abnehmen, wenn die Bergarbeiter Heberfischeren verfahren würden.

Putzabsichten im Rheinland?

Im Pariser Journal war behauptet worden, daß im Rheinland die Rheinische Republik ausgerufen worden sei. In Deutschland weiß man nichts davon. Man hat aber den Eindruck, daß die Separatisten-Bewegung in ein Stadium getreten ist, welches eine neue Ära bedeuten könnte, doch der ersten Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen bedarf. Die Lage wird in der Arbeiterfrage richtig erkannt. Wie aus Aachen gemeldet wird, lassen die Gewerkschaften aller Richtungen angeführt der Gewerkschaften über einen bevorstehenden Rückzug der Separatisten an die Arbeiterfrage die öffentliche Aufforderung zu bekämpfen. Im Grenzgebiet Manzhou vernehmen sich die politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen gegen die politische Propaganda von Dorn, Smeets und Anforten.

Es scheint, daß die Herren Poinecaré und Tardieu von den getrieblichen Vertretern im Rheinland über die Stimmung faßlich unterrichtet sind. Denn tatsächlich deutet die vermehrte Migration der Separatisten darauf hin, daß von Paris wieder eine größere Begehung eingetroffen ist. Herr Poinecaré ist ja ein sehr leichtgläubiger Herr. Er hat ja auch die gefälschten Anspatz-Dokumente für sich gehalten und hat in der Kammer, offenbar gestützt auf diese, erzählt, daß Deutschland zum sofortigen Aufmarsch bereit ist; denn die Polizei wäre vollkommen militärisch organisiert und in Wirklichkeit hätte Deutschland dreimal so viel Truppen als im Aufstand. Der Kaiser hätte sich schon lange um Rheinland solche Fälscher für Handwert zu treiben. Sie haben zweifellos nach Paris berichtet, daß das Rheinland es gar nicht mehr ausfallen könnte vor Genua nach Frankreich, und so ist man in Paris in der tiefen Hoffnung, daß wieder einmal die Zeit da ist, eine Rheinische Republik unter französischem Protektorat erleben zu lassen. Herr Smeets scheint den Dr. Dorn überirrt zu haben. Er ist jetzt der beliebteste Mann im Rheinland bei den Franzosen. Es ist auch möglich, daß man jetzt aus tatsächlichen Gründen den Smeets vorführt, weil Dorn jemals schon genug kompromittiert ist. Aber die gesamte Bürgerschaft ist derartig ermutigt in der Abwehr aller separatistischen Bestrebungen, daß man in Frankreich doch endlich mehr tun sollte, daß alles für diese Zwecke aufgewandte Geld umsonst zum Fenster hinausgeworfen ist.

In der Tat fand eine öffentliche Volksversammlung statt, die daran fast bejagt war, daß eine Parteiverammlung abgehalten werden müßte. Es sprachen Vertreter aller Parteien. Bemerkenswert ist vor allem, daß ein Reichsmitglied der Zentrumspartei, Prof. Dr. Kaas, mit aller Entschiedenheit jede Trennung des Rheinlandes von Preußen und vom Reich ablehnte. Zur Zeit des Generals Mangin war es den Franzosen gelungen, ein paar katholische Geistliche für ihre schlechte Sache einzufangen. Der Parteigänger der französischen Arbeiter, General Mangin, hatte je nachdem er es für seine Zwecke günstig hielt, das politische mit dem religiösen Väterchen getauscht. Er war zweifellos recht geschickter. Demals schon hatte die Mehrheit der katholischen Geistlichen die Separatistenbestrebungen abgelehnt. Heutzutage dürften sich aber nur wenige katholische Geistlichen finden, die sich zu Dorn und Smeets beugen. In der Versammlung in Trier, die von dem Vorführer der Deutschen Demokratischen Partei Dr. Krüger geleitet wurde und in der Tausende von Wählern und Wählerinnen der fünf politischen Parteien vertreten waren, wurde in einer Entschiedenheit erklärt: Wir betonen aus neue unsere unverrückbare Treue für das Reich. Unbefehdet der Bestimmungen der Reichsverfassung lehnen wir in dieser Zeit der nationaldänischen Teil jede Lockerung des deutschen Staatsvertrages ab, wir weisen jede Gemeinschaft mit den Bestrebungen eines Häußens Sonderänder als hochverräterlich zurück. Die Bevölkerung der alten kaiserlichen Stadt Trier ist entschlossen, jeden Versuch, unser Verhältnis zum Reich und zu Preußen zu lockern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln und bis aufs äußerste zu bekämpfen. Wir wollen auch eine Befreiung von den drückenden Besatzungsstoffen nie und nimmer durch eine Neutralisierung der Rheinlande erkaufen. Im Glück und Unglück bleiben wir unlosbar verbunden mit unserem deutschen Vaterlande.

Auch auf der Kreisversammlung der Kölner Sozialdemokratie wurde spontan eine Resolution vorgelesen, in der die Bestrebungen der hinter den Sonderänder stehenden französischen Rheinlandspolitiker als eine feste und annehmende Gemeinschaft in die inneren Verhältnisse der deutschen Republik zurückgewiesen und jede kaiserliche Beteiligung des Zusammenhangs der Rheinlande mit Preußen und dem Reich über abgelehnt wird. Unter beifälliger Kundgebung nahm die Versammlung die Resolution einstimmig an. Dies ist ein und anderen Kundgebungen erweist man, daß die Bevölkerung des Rheinlandes nahezu einmütig entschieden gegen alle separatistischen Bestrebungen front macht. Nur ein paar besagte Subjekte sind für eine Rheinische Republik. Sie müßten dann und wann nur den Wegweiser in Paris zeigen, daß diese ihr Geld nicht dem umsonst ausgeben, eine keine Bewegung entfachen. Das Dänemachen wird zu seiner Feuerprobe werden. Es wird von der Bevölkerung selbst schon im Reime ertönt. Immerhin sollte die deutsche Regierung sich ernstlich anregen die neuen Putzabsichten zu beenden und das Rheinland ist ein deutsches Land, es ist lediglich von den

